

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Haase
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr
für die sechsgepaltene Kolonelleile 5 Mark.
Geschäftsangelegenheiten finden keine Aufnahme.

Karl Legien gestorben

Die Trauerkunde durchlief am Weihnachtsfest Deutschland, weit über Deutschlands Grenzen hinaus, überall, wo Arbeiter sich zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen zusammengeschlossen haben, löste die Kunde tiefstes Weileid aus. Überraschend kam die Nachricht, denn nur die Legien Nahestehenden wußten von der bevorstehenden schweren Operation.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist aus dem Leben geschieden. Wie August Bebel mit der sozialdemokratischen Partei gewachsen, so wuchs Karl Legien mit der Gewerkschaftsbewegung. Er war eine jener Persönlichkeiten, die in den Anfängen und den schwersten Zeiten der Bewegung wurzelten, mit der Bewegung empornwachsen und selbst ein Teil der Arbeiterbewegung wurden. Dreißig Jahre hat Legien an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung gestanden und durch Energie, Tatkraft und unermüdbare Arbeit der Bewegung Ziel und Richtung gegeben. Der Name Legien ist untrennbar mit der deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung verknüpft.

Mit Karl Legien ist ein außerordentlich begabter und ausgeprägter Charakter ins Grab gesunken. Unbestritten hat er sich große Verdienste erworben. Sein organisatorisches Talent, seine entschlossene klare Stellungnahme in allen schwierigen Situationen sicherten ihm das Vertrauen seiner Kollegen. Als im November 1890 die Generalkommission gegründet wurde, trat Legien als Vorsitzender an die Spitze und behielt dies Amt bis zu seinem Tode. Nach Schaffung der Gewerkschaftsinternationale im Jahre 1900 wurde Legien auch deren Vorsitzender und Sekretär. Nach dem Kriege wurde ihm dieses Amt genommen und der Sitz der Internationale nach Holland verlegt.

Auch mit Schriften hat Legien der Bewegung gedient. Eine stattliche Reihe von Werken aus seiner Feder legen Zeugnis von seinem Können und Arbeiten ab. Zehn Jahre lang hat er das Korrespondenzblatt der Generalkommission redigiert. Legien war reiner Gewerkschafter, dem oft die politische Bewegung unheimlich wurde. Die Tageserfolge der Gewerkschaften fanden ihm über alles, er kämpfte mit Zähigkeit gegen die Einstellung der Gewerkschaften für den politischen Kampf und dieser Kampf führte ihn auf den äußersten rechten Flügel der Partei, in die Arme des opportunistischen Reformsozialismus. Diese Entwicklung brachte große Massen der Sozialisten und Gewerkschafter gegen Legien. Gewaltig wuchs die Schär der Opponenten gegen die Legiensche Politik. Der Eindruck seiner markanten Persönlichkeit und das Anerkennen seiner rastlosen Tätigkeit sicherte ihm seinen Einfluß an der Spitze der Organisationen. Mächtiger stände die deutsche Arbeiterklasse heute da, wäre Karl Legien andere Wege gegangen. Wenn heute von bestimmter Seite geschrieben wird, Legien, der Hausknecht des Kapitals, so braucht nicht besonders betont zu werden, daß dieses Geschrei nichts mit einer sachlichen Kritik zu tun hat.

Die einseitige, reformistische Veranlagung Legiens führte ihn bei Kriegsausbruch in das Lager der Kriegskreditwilliger. Er wurde der Vater des Burgfriedens, der energischste Verfechter und Befürworter des Hilfsdienstgesetzes und reifte dann selbst im Lande herum, um Propaganda zu machen für seinen „Volksbund für Freiheit und Vaterland“. Diesem Volksbund lagen die Gedanken der späteren Arbeitsgemeinschaft zugrunde. Dieser Bund wurde während des Krieges von der Arbeiterschaft entschieden abgelehnt, selbst die eigenen

Parteihänger Legiens rückten von diesem Plane ab. Es kam die Revolution. Das deutsche Proletariat war mit seinem Schicksal vollbeschäftigt, kümmerte sich sehr wenig um die Vorgänge in den Organisationen. In dieser Zeit, am 15. November 1918, sah Legien mit den Schwerindustriellen zusammen und hob die Arbeitsgemeinschaft, jenes unglückliche Gebilde, das den Spalt in der Arbeiterbewegung so unendlich vertiefte und den Boden für die nachfolgenden unglücklichen Forderungen und Wirrungen im Proletariat schuf, aus der Taufe. Legien hatte nichts Neues geschaffen, es war nur die gradlinige Fortsetzung seiner Politik, die schon im Burgfrieden, Hilfsdienstgesetz und Volksbund gepflogen worden war. Die Novemberrevolution 1918 hat Legien als überaus lässig empfunden. So erklärte er in einer öffentlichen Versammlung: „Was im November geschehen ist, war keine Revolution, als Scheidemann und Bauer in die Regierung des Prinzen Max eintraten, das war Revolution.“ Es gehörte zu den Charaktereigenschaften Legiens, was er empfand auszusprechen und was er sich wünschte, mit brutaler Zähigkeit zu verfechten. Sein Ausspruch wird unvergessen bleiben: „Nieber die Spaltung, als die Zügel am Boden schleifen lassen.“ Als nach der Revolution es offensichtlich wurde, daß die eingeschlagene Politik Schiffbruch litt, focht Legien unentwegt für seine Anschauungen; er hat kein Jota von seinen Ansichten nachgelassen. Eine Fähigkeit, die als Mensch wohl zu bewundern ist, aber der Arbeiterklasse Schaden brachte.

Karl Legien sank ins Grab. Bei aller sachlichen Gegnerschaft müssen wir seine Verdienste um die Organisation voll und ganz anerkennen. Er hat uns ein Erbe hinterlassen, das wir in Ehren halten müssen. Aber doch müssen wir den Geist Legiens bekämpfen, den Geist des gemeinsamen Zusammengehens eines Stück Weges mit der Kapitalistenklasse, der noch heute, trotz der trüben Erfahrungen, in vielen Köpfen lebendig ist und nur dem deutschen Proletariat zum Schaden gereicht.

Legien wurde am 1. Dezember 1861 zu Marienburg in Westpreußen geboren. Er stand also im 60. Lebensjahre. In Thorn besuchte er die Bürgerschule und erlernte das Drechslerhandwerk. In der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ist er seit 1886 ohne Unterbrechung tätig. Als Mitglied des Reichstages vertrat er den Kieler Wahlkreis von 1893 bis 1898 und danach seit 1903 ununterbrochen. Er war Mitglied der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung und besitz auch jetzt wieder als Vertreter der Rechtssozialisten ein Reichstagsmandat für seinen alten Wahlkreis.

Legien litt seit einiger Zeit an Magenbeschwerden, die sich in den letzten Monaten verschlimmerten und sich schon Anfang Oktober, während der Ausschützung des Internationalen Arbeitsamts in Genf, erheblich bemerkbar machten. Auf energisches Zureden seiner Freunde suchte er im Oktober einen Arzt auf, konnte sich jedoch einer von diesem für notwendig befundenen längeren Beobachtung nicht unterziehen, da er bereits am nächsten Tage zur Sitzung des internationalen Gewerkschaftsbundes nach Amsterdam fahren mußte. Dann fuhr er, trotz Verschlimmerung seines Leidens, nach London zum internationalen Gewerkschaftstreffen. Als er sich Anfang Dezember wieder seinem Arzt vorstellte, ergab schon die Untersuchung, daß eine Magengeschwulst von erheblicher Ausdehnung vorlag, die eine sofortige Operation erheischte. Leider konnte diese bei dem vorgeschrittenen Prozeß Heilung nicht mehr bringen, so daß nach kurzem, schwerem Krankenlager der Tod eintrat.

mitteln müsse in das „Arbeitsleben“ umgewandelt werden. Man vergleiche mit diesen Ausführungen das in der vorigen Nummer besprochene neue Programm des dem Gewerkschaftsrat angehörenden Gewerkschaftsbundes der Angestellten, in dem es an erster Stelle heißt: „Wir stehen auf dem Boden der freien deutschen Wirtschaft.“ So ist es dem auch erklärlich, daß die Anhänger des Sozialisierungsverschlages II — auch Rathenau hat dort gesprochen — und die freie Wirtschaft verteidigenden Angestellten einander entgegneten. Nach Referaten über die „rechtliche und wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer seit der Revolution“ wurde aber in einer Entschließung folgender Satz niedergelegt:

„So... für die Gesamtheit des Volkes aus der Überleitung privater Betriebe in die Gemeinwirtschaft eine höhere Produktion und bessere Ausnutzung der maschinellen und technischen Betriebsbedingungen zu erreichen ist, soll diese Überleitung erfolgen, die in erster Linie auf die Vorsehung und die Ausnutzung der Vorteile abgesehen ist.“

Diese Entschließung dürfte eigentlich auch für den S. d. M. gelten, was ihn allerdings nicht hindern wird, den Kampf für die „freie Wirtschaft“ Seite an Seite mit dem Kapital zu führen.

Über „Betriebsräte“ sprach, wie nicht anders zu erwarten war, Gustav Schneider (Coachen). Er wandte sich selbstverständlich gegen jede Erweiterung der Betriebsratsrechte. Bei der Erweiterung des Wohnungproblems rief der Direktor des Berliner Wohnungsausschusses, Raporte, wieder das Steuersystem des Wohngebäudes; hier scheint jetzt wirklich ein Strohhalm erwidert werden zu sein, an dem sich die Verfechter des Privateigentums an Produktionsmitteln hängen. Aber selbst diese Ausführungen fanden keinen Widerstand; es wurde ungehört nach der Reichsteuer verlangt. Man einigte sich auch in dieser Wirtschaftsfrage nicht.

Vom Arbeitsverdienst der Aktionäre

Seit unserer letzten Veröffentlichung über dieses Thema (Nr. 47 der M.-Ztg.) ist der Dividendenbesitz in breiten Strömen weitergeflossen. Wir behalten uns eine eingehende Würdigung der gegenwärtigen Verhältnisse in der Industrie vor. Aus dem umfangreichen Material, welches uns vorliegt, haben wir wahllos die folgenden Gesellschaften herausgegriffen. Aus dem Ergebnis ist zu ersehen, daß das Geschäftsjahr 1919/20 außerordentlich zur Kräftigung des Unternehmertums beigetragen hat. Wie es hingegen mit den Arbeitern aussieht, ist in diesen Spalten schon des öfteren zum Ausdruck gebracht. Die Bilanzverschlechterungen sind noch nie in derartigem Umfange zur Anwendung gekommen, wie in dem verflorenen Jahre. Die exorbitanten Erhöhungen des Aktienkapitals haben eine Verwässerung des Kapitals in großem Ausmaß möglich gemacht. Wenn z. B. ein Unternehmen mit 20 Millionen Aktienkapital 25 Prozent Dividende verteilt und dasselbe Unternehmen im vorjährigen Geschäftsbericht bei 6 Millionen Aktienkapital 10 Prozent zur Ausschüttung brachte, so kann man nicht behaupten, daß die Dividende von 25 Prozent nur eine mäßige Verzinsung der ursprünglich in Goldmark gezahlten Kapitalien sei, zumal die Kapitalerhöhungen nebenbei Ertragsmehre in ganz erheblichem Maße für die glücklichen Kapitalbesitzer darstellen. Mit dem Begriff Goldmark wird überhaupt in diesem Zusammenhang viel Schindluder getrieben. Als wenn das gesamte Aktienkapital nur aus sogenannten Goldmark bestünde! Dabei ist aus den Veröffentlichungen zu ersehen, daß in elf Monaten 1920 mehr Kapital reinvestiert wurde, als das Kapital sämtlicher Aktiengesellschaften im Jahre 1914 betrug. Leider ist es uns infolge Platzmangel unmöglich, auf die einzelnen Geschäftsberichte näher einzugehen und mußten wir uns auf einige Bemerkungen beschränken. Wir empfehlen unseren Kollegen, sich die Berichte über die Geschäftsabläufe genau anzusehen.

Deutsch-Lugenerburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft in Bochum. Bekanntlich konnte dieses Stinnes-Unternehmen die Geschäftsjahre 1918/19 und 1919/20 nicht eher abschließen wegen Verzugs der Unternehmenskassen in Lugenerburg und an der Saar. Derzeitige Leiter, Dr. H. J. Jäger, Unternehmer. Die Verwaltung legt nunmehr den Bericht für die Geschäftsjahre 1918/19, 1919/20 und für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1920 vor. Danach betragen die Betriebsüberschüsse in 1918/19 53.214 Mk., 1919/20 71.518 Mk. (gegen 46.304 Mk. im Geschäftsjahr 1917/18), für das letzte Vierteljahr 16.121 Mk. (gegen 14.873 Mk. im Geschäftsjahr 1917/18). Nach Abschreibungen für die beiden letzten Jahre in Höhe von je 29 Mk. und 8 Mk. für das letzte Vierteljahr für 1917/18 26 Mk. und nach Abzug der Steuern, Anleihe- und Hypothekenzinsen im Betrage von 9.140 Mk. für 1918/19, 15.951 Mk. für 1919/20 und 4.106 Mk. für das letzte Vierteljahr (gegen 6.172 Mk. für 1917/18) verbleibt ein Überschuß von 16.111 Mk. für 1918/19, von 26.567 Mk. für 1919/20 und von 4.015 Mk. für das letzte Vierteljahr (gegen 14.873 Mk. für 1917/18). Daraus werden für 1918/19 11 Prozent (für 1917/18 10 Prozent), für 1919/20 12 Prozent und für das Vierteljahr 3 Prozent Dividende zur Ausschüttung gebracht. Für das Geschäftsjahr 1919/20 werden aus diesem Überschuß für Wohnzwecke 10 Mk. zurückgestellt. Die Differenz der Hüttenwerte sind infolge des Verkaufs der Werke 1919/20 ausgeglichen. Im Effektenkonto wurden u. a. Aktien des Wilhelm-Friedrich-Werkes in Düsseldorf und der Carl Berg H. G. sowie Stinnesaktien als Zugang verzeichnet. Im allgemeinen ist fest zu sagen, daß die Saldo zwischen Zu- und Abgängen auf den Anlagekonten durch außerordentlich hohe Abschreibungen übertrifft werden, so daß die starke Erweiterungstätigkeit des Unternehmens buchnäßig wenig zum Ausdruck kommt. In der Bilanz sind weiter ausgetrieben: Debitoren mit 737.802 Mk. für 30. September 1920, 603.975 Mk. per 30. Juni 1920, 126.618 Mk. per 30. Juni 1919 (gegen 124.992 Mk. per 30. Juni 1918), unfundierte Verpflichtungen mit 677.824 Mk. per 30. September 1920, 539.949 Mk. per 30. Juni 1920, 219.341 Mk. per 30. Juni 1919 (gegen 122.152 Mk. per 30. Juni 1918). Zusammenfassend sagt die Verwaltung, es sei durchweg gelungen, in den Betrieben wieder geordnete Arbeit einzuführen. Die hohe Ausfuhr von Werksunterzeugnissen habe nicht unvorteilhaft zu dem besseren Ergebnis beigetragen. Ins Zwischenjahr fällt der Abschluß der Interessengemeinschaft mit der Gesellschaft Bergwerks-A. G., nachdem schon vorher eine Reihe von Abfederungen dieser Entwicklung der Weiterverarbeitung durchgeführt worden war. Die Aktien des Wilhelm-Friedrich-Werkes in Düsseldorf sind sämtlich übernommen worden, ebenso alle Geschäftsanteile der Firma Gebr. Strüpping in Altmann. Mit den Stahlwerken Brinzinghaus in Bercholz, der A. G. St. Thomee in Bercholz und der A. G. Carl Berg in Bercholz wurden Interessengemeinschaften abgeschlossen.

Concordia, chemische Fabrik auf Aktien in Leopoldsdahl. Im Geschäftsjahr 1919/20 erzielte die Gesellschaft einschließlich 133.909 (148.773) Mk. Vortrag einer Bruttogewinn von 6.613.392 (1.154.131) Mk. Demgegenüber erforderter Generalausgaben 1.490.035 (265.041) Mk., allgemeines Betriebsausgaben 416.539 (125.736) Mk. Nach Abschreibungen von 440.059 (337.725) Mk. verbleibt ein Reingewinn von 4.266.738 (425.619) Mk. Es soll eine Dividende von 5 Prozent auf die Vorzugsaktien, 30 Prozent Dividende und 45 Prozent Bonus auf die Stammaktien verteilt werden. Dem Aufsichtsrat (5 Personen) an Entnahmen 479.441 (279.674) Mk., dem Vorstand 769.115 (15.709) Mk. bezahlt und 240.142 (133.909) Mk. neu vorgezogen werden. In den Jahren seit Kriegsausbruch wurden durchschnittlich 6 bis 10 Prozent Dividende verteilt. Der Bruttogewinn ist demnach auf etwa das Sechsfache, der Reingewinn auf das Dreifache gestiegen. Ein Rekordjahr, der selten erreicht wird. Außerdem sind in dem Unternehmen noch riesige Gewinne verbuddelt. Stehen doch die Warenbestände nur mit 2 Mk. zu Buch. Die Debitoren erhöhten sich im Geschäftsjahr einschließlich Vorkauf von 6,48 auf 7,47 Mk. Das Gesamtkapital der Gesellschaft besteht aus 3 Mk. Stamm- und 0,3 Mk. Vorzugsaktien. Man sieht, daß die zur Verteilung gelangenden Mittel an die Aktionäre und Vorzugsaktienbesitzer zusammen, kaum ergibt sich, daß diese mehr als das Aktienkapital ausmachen. Es werden sich die Aktionäre und Aufsichtsratsmitglieder gefreut haben, als sie

Der Gewerkschaftsring

Am 7. November 1920 hielt der Gewerbeverein deutscher Metallarbeiter (S.-D.) seinen ersten Vertretertag nach der Revolution mit viel Lärm und Aufstand in Berlin ab. Als Zugunummer hatte er sich den Unterstaatssekretär a. D. Richard v. Wöllendorf verschrieben. Sein Vortrag gipfelte in der bekannten Gemeinwirtschaft. Erlesens sprach über: „Das deutsche Wirtschaftsleben und den Versailles-Friedensvertrag“, ohne sonderlich große Gedanken zu entwickeln. Das Ergebnis der Tagung war: Dem deutschen Volk kann nur geholfen werden, wenn es sich auf dem Boden der S.-D. Grundzüge, also auf der Grundlage der politischen und religiösen Neutralität organisiert.

Angeblieh verfügt der Gewerbeverein deutscher Metallarbeiter über 120.000 Mitglieder, die dem Verband deutscher Gewerbevereine (S.-D.) angeschlossen sind. Dieser Gesamtverband hat sich nun mit dem Gewerkschaftsbund der Angestellten und Beamten (S.-D.) zum Gewerkschaftsring vereinigt. Vom 27. bis 29. November 1920 tagte der erste Kongress dieses Gewerkschaftsringes in Berlin. Reichstagsabgeordneter Erlesens hielt ein Referat über die „Ziele und Aufgaben des Gewerkschaftsringes“, in dem er die Überwindung der Kluft zwischen Kapital und Arbeit als Programm bezeichnete. Eines der Mittel zur Beseitigung dieser Kluft ist ihm die „Einführung der Teilhaberschaft im Großbetriebe“, also eine Art der Ausgabe von Aktien, für die er die Bezeichnung „Arbeitsgesellschaft“ erfinden hat; im wesentlichen also nichts anderes als die Stinnes-Sozialisierung. Georg Bernhardt sprach über „Wirtschaftsordnung und Wirtschaftskrise“. Er forderte, da von der freien Wirtschaft nichts zu erwarten sei, Zusammenfassungen der Gewerbevereine auf der Grundlage der Selbstverwaltung und der Gemeinwirtschaft; das Eigentum an Produktions-

vor Weihnachten diese Zeitungsmeldung zu Gesicht bekommen. Wann wird sich die Arbeiterschaft einmal soweit einig, um ihre ganze Kraft für die Sozialisierung derartiger Industrien, wie die chemische, einzusetzen? Der Vorleser ist 750.

Maschinenfabrik Richter & Co., Leipzig-Schleierhausen. Betriebsergebnis: 9.648.263 (3.148.194) M., Reingewinn einschließlich Vortrag: 2.587.404 (395.092) M., Dividende auf Vorzugsaktien: 6 (6) Proz., auf Stammaktien: 35 (4) Prozent. Außerdem wurde 1 Mill. M. zur Gewährung einer Gratiaaktie auf je drei alte Aktien bereitgestellt. Debitoren und Guthaben auf Konten werden mit 7.079.857 (2.583.178) bzw. 6.257.666 (1.439.284) M. ausgewiesen. Im Geschäftsbericht wird über politische und wirtschaftliche Unruhen geflagt, die das Geschäftsergebnis benachteiligt hätten. Die außerordentlichen Gewinne stammten aus den Valutauberschüssen. Ein Aktionär von Richter & Co., der eine Million in Aktien im Besitz hat, erhält: 35 Prozent Dividende = 350.000 M. und 339 Gratiaaktien à 1000 M. (Kurs 750) = 333 x 750 = 249.750 + 333.000 = 582.750 M., zusammen 932.750 M. Das sind allerdings fette Gewinne und begreift man daraus, warum unsere Leipziger Kollegen so gering entlohnt werden, daß sie bereits wachsend um eine winzige Lohnerhöhung streiten müssen. Hungerlöhne für die Arbeiter — Riesengewinne für die volkswirtschaftlichen Parasiten.

Maschinenfabrik Grebenbroich. Der Aufsichtsrat schlägt die Erhöhung des Aktienkapitals um 4 auf 6 Mill. M. vor. Die neuen Aktien werden den alten Aktionären zum Kurse von 110 Prozent im Verhältnis von 2:1 angeboten. Der Kurs der Aktien Grebenbroichs steigt auf 1000 herum. Eine kleine Aufrechnung: Ein Aktionär mit 1 Mill. M. Aktien erhält ein Paket von 2 Mill. M., dafür muß er 2 Mill. M. bezahlen, erhält aber, wenn er die neuen Aktien bei einem Kurs von 1000 verkaufen würde, 20.000.000 M., abzüglich 2 Mill. M., bleibt: 17.800.000 M. Sein gesamtes Aktienkapital von 3 Mill. M. repräsentiert einen Wert von 30 Mill. M. Siehst du, hungernder Proletarier, so gestalten sich die Geschäfte der Aktionäre.

Deutsche Babcock & Wilcox Dampfmaschinenwerke, Berlin. Zu der Kapitalverdoppelung von 5 auf 10 Mill. M. wird gemeldet, daß die neuen Aktien zu etwas über Paris den alten Aktionären, zu denen von jeher und auch im Kriege die englischen Kreise der Londoner Babcock-Gruppe in beträchtlichem Umfang gehören, angeboten werden dürften. Die Dividende soll auf 20 (12 1/2) Prozent besser werden. Bei einem Vorleser, der sich um 800 herum bewegt, ergibt sich aus dem Bezugsrecht ebenfalls eine fette Einnahmequelle für die notleidenden Aktionäre.

Sächsische Maschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann & Co., Chemnitz. Im 1919/20 erzielte die Gesellschaft einen Umsatz von 128,28 (47) Mill. M. Alle Abteilungen hatten reichliche Aufträge aus dem Inn- und Auslande erhalten. Die Gesellschaft hat im Hinblick auf die Umsatzerhöhung und die Übernahme des Dresdener Werkes am 1. Juni v. J. ihr Aktienkapital von 15 auf 30 Mill. M. verdoppelt. Es wird ein Fabrikationsgewinn von 11,83 (7,71) Mill. M. nachgewiesen. Nach 2,36 (1,34) Mill. M. Abschreibungen wird ein Reingewinn von 10,20 (5,86) Mill. M. verzeichnet, aus dem 18 (8) Prozent Dividende verteilt werden. In der Dividende ist das auf 30 Mill. M. erhöhte Aktienkapital voll anteilsberechtigt, obwohl Ende 1919/20 11,14 Mill. M. noch nicht einbezahlt waren. Der umfangreiche Maschinenpark steht nur mit 450.000 M. zu Buch. Der Wertpapierbestand erhöhte sich von 18,87 auf 85,93 Mill. M. Vorläufig werden mit 34 Mill. M. bemessen. Außer den regulären Abschreibungen wurde ein Erneuerungsfonds von 3 Mill. M. geschaffen.

Maschinenfabrik Augsburg-Münchener, (Königern Gießereiwerk). Das Unternehmen erzielte nach Abschreibungen von 2.460.474 (i. B. 2.284.964) M. einen Überschuß von 6.081.992 (4.216.475) M., aus dem eine Dividende von 12 Prozent (10) auf das alte Aktienkapital und von 6 Prozent auf die neuen Aktien zur Ausschüttung geplant ist.

Glückwerke A.-G. in Brand-Erbisdorf. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 20 (15) Prozent fest für die alten und 10 Prozent für die jungen Aktien. Das Aktienkapital wurde um 8 auf 16 Mill. M. erhöht. Die jungen Aktien werden den Aktionären zu 115 Prozent im Verhältnis von 5:4 angeboten. Die Beteiligung bei der Gluckwerke-A.-G. in Berlin hat ein Vermögen von 8 Prozent gebracht. Auf das am 30. September 1920 abgeschlossene Geschäftsjahr dieser Gesellschaft wird eine Dividende von 25 Prozent verteilt, welche im neuen Geschäftsjahr zur Verrechnung kommt.

Gesellschaft für Eisen- und Stahlwerke, A.-G., Aachen-Oberkauf. Die Abschreibung von 225.478 (243.288) M. hielt sich auf der Höhe des Vorjahres. Es ergibt sich ein Reingewinn von 435.956 (588.000) M., aus dem, nach zehn dividendenlosen Jahren, 10 Prozent Dividende verteilt werden sollen. Im laufenden Jahre ist ein günstiges Ergebnis zu erwarten.

H. Volberg, Maschinen- und Metallbau, A.-G., Hamburg. Die Gesellschaft erzielte 1919/20 bei 39 (18) Mill. M. Umsatz einen Bruttogewinn von 8.563.068 (3.072.283) M. und einen Reingewinn von 2.021.030 (768.027) M. Daraus sollen, wie gemeldet, wieder 25 Prozent Dividende auf das erhöhte Kapital verteilt und außerdem 800.000 M. der Sonderumlage für den Wiederaufbau der abgetragenen Fabrik zugewiesen werden.

A.-G. Chroma, Altraburg (S.-L.). Das Unternehmen war in den letzten Wochen 1919/20 mangels Aufträgen zum vollständigen Stillstand gekommen. Trotzdem konnte der Umsatz gegenüber dem Vorjahre gesteigert werden. Der Reingewinn (I) betrug nach 67.123 (16.822) M. Abschreibungen 156.912 (97.577) M., woraus 15 (10) Prozent Dividende verteilt werden.

Maschinenfabrik E. Schick, Düsseldorf (zum Konzern der Demag gehörend). Rohgewinn: 6.037.748 (2.037.57) M., Reingewinn: 1.273.748 (164.350) M. Reingewinn: 2.037.57 M., Dividende 8 (9) Prozent. Düsseldorf-Eisenwerke-Gesellschaft, Ratingen. 20 (12) Prozent Dividende und 10 (0) Prozent Bonus. Letzterer soll dem freigelegten Reservefonds in den Friedensjahren und zum Teil dem Vortrag entnommen werden.

Schmalzwerke, Kiel. Die zum Brauerei-Konzern gehörige Werk nach dem Bericht für 1919/20 voll beschäftigt. Der Reingewinn einschließlich 97.151 (33.589) M. Vortrag beträgt nach 962.636 (922.83) M. Abschreibungen 2.402.886 (2.070.876) M., woraus 20 (12) Prozent Dividende und 40.350 (31.63) M. auf die Geschäftsjahre verteilt sowie 175.998 M. vorgetragen werden. Aus dem Überschuß sind vorweg 971.482 M. abgehoben und der mit 2 Mill. M. ausgewiesene Sonderreservefonds zugewiesen worden.

Metallwerke, A.-G., Garmisch-Partenkirchen (Baden). Das im Februar 1920 in eine Aktiengesellschaft mit 900.000 M. Grundkapital umgewandelte Unternehmen, ebenfalls zum Brauerei-Konzern gehörend, schließt das am 31. Juni 1920 beendete erste Geschäftsjahr nach 62.003 M. Abschreibungen mit 222.530 M. Reingewinn ab, woraus 5 Prozent Dividende verteilt, 50.000 M. einem Erneuerungsfonds und 11.127 M. der Reserve zugewiesen sowie 36.004 M. vorgetragen werden.

Die „Kaiserwerke“ A.-G. für Stahl- und Eisenindustrie in Berlin. Das Unternehmen erzielte im Geschäftsjahr 1919/20 einen Rohgewinn von 7.322 (2.453) Mill. M., nach Abschreibungen 3.607 (1.438) Mill. M., Abschreibungen 0,647 (0,203) Mill. M. Es verbleibt ein Überschuß von 2.859 (0,857) Mill. M., aus dem 25 (15) Prozent Dividende und ein Bonus von 10 (0) Prozent auf ein erhöhtes Aktienkapital ausgeschüttet werden sollen.

Wismutwerke, A.-G., in Wismut (O.-S.). Das beendete Geschäftsjahr 1919/20 brachte nach 13.222.997 (7.298.113) M. Abschreibungen einen Reingewinn von 13.388.536 (1.513.621) M., bei Entnahme von 1 1/2 Mill. M. aus dem Erneuerungsfonds- und Erneuerungsfonds, woraus 28 (5) Prozent Dividende vorgeschlagen werden.

Waldschmidt Maschinenfabrik und Eisengießerei, vorm. S. Schmidt und Schmidt & Sohn, Dresden. Nach 792.943 (320.779) M. Abschreibungen verbleibt einschließlich 70.188 (108.523) M. Vortrag ein Reingewinn von 1.61 (0,55) Mill. M., woraus 20 (14) Prozent Dividende verteilt werden, an der die jungen Stammaktien zur Hälfte teilnehmen.

Die Zimmermann-Werke, A.-G., in Chemnitz erzielte 1919/20 einen Überschuß von 8.139.911 (8.815.036) M. Geschäftsergebnis: 3.281.069 (1.800.293) M., Steuern 1.036.252 (1.443.284) M. Nach Abschreibung von 382.745 (238.902) M. verbleibt ein Überschuß von 1.847.605 (238.908) M., aus dem 10 (6) Prozent Dividende auf alte und 5 (0) Prozent auf neue Aktien verteilt werden sollen.

Dortmunder Vulkan-A.-G. (früher Louis Schwarz & Co.) in Dortmund. Die Gesellschaft verteilt für 1919/20 bei 4.421.319 (2.091.659) M. Betriebsergebnis nach 497.968 (305.281) M. Abschreibungen aus einem Reingewinn von 702.135 (108.723) M. eine Dividende von 15 (5) Prozent bei 65.885 (11.224) M. Neuvortrag. Erzieher Wagner, A.-G., Eriez. Die Gesellschaft verzeichnet einschließlich 36.270 (34.145) M. Vortrag einen stark erhöhten Reingewinn von 3,11 (0,54) Mill. M., woraus 20 (8) Prozent Dividende auf das eingezahlte Aktienkapital von 5,25 Mill. M. verteilt, 0,25 Mill. M. dem Valutakonto zugewiesen und 50.456 M. vorgetragen werden sollen.

Schmelzer Eisenwerk, Müller & Co., A.-G., Schmelzer. Nach 104.386 (399.950) M. Abschreibungen verbleibt 1919/20 einschließlich 202.709 (215.056) M. Vortrag ein Reingewinn von 574.476 (541.610) M., woraus 16 (10) Prozent Dividende verteilt und 185.087 M. vorgetragen werden sollen.

A.-G. Hochofenwerk Röhde, Herrentoft bei Röhde. Von dem Betriebsergebnis sind vorweg für Instandsetzung und Erneuerung nicht weniger als 10 Mill. M. und für Bohnungsaufträge 3 Mill. M. abgesetzt worden, woraus sich der Rohgewinn auf 8.012.931 (3.437.499) M. stellt. Aus dem Reingewinn von 4.098.023 M. werden 20 (10) Prozent Dividende verteilt, nach wesentlicher Erhöhung der Abschreibungen und Rückstellungen sowie Sinaufhebung des Vortrags auf 198.023 (6.435) M.

Maschinenfabrik A.-G. Gottmadingen (Baden) (zum Krupp-Konzern gehörend). Rohgewinn: 2.44 (1,72) Mill. M., Reingewinn: 362.800 (494.200) M., Dividende 12 (12) Prozent und 3 (8) Prozent Bonus.

Waggonfabrik A.-G., Wagnitz. Ein schließlich 18.823 (16.255) M. Vortrag verbleiben nach 477.811 (254.004) M. Abschreibungen 1.102.635 (297.681) M. Reingewinn, woraus 15 (9) Prozent Dividende auf 3,50 (2,50) Mill. M. Stammaktien und 6 Prozent auf 1 Mill. M. mit 25 Prozent einbezahlte Vorzugsaktien verteilt werden. 320.000 M. gelangen an die Arbeiter zur Auszahlung.

G. Saueberg, Maschinenfabrik, A.-G., Staffort. Das Unternehmen erzielte im Geschäftsjahr 1919/20 einen Fabrikationsgewinn von 2.375.391 (1.206.604) M. und vereinnahmte außerdem auf Grundstücksvertragskonto 9906 (6911) M. Nach Abschreibungen von 1.420.364 (849.536) M., einer Weitaufleistung von 200.000 (0) M. zu den Etablissements der Stadt Staffort und Abschreibungen von 227.200 (125.759) M. ergibt sich ein Reingewinn von 578.369 (274.786) M. Hieraus sollen 12 (7) Prozent Dividende verteilt werden.

Norddeutsche Waggonfabrik A.-G., Bremen. Das Geschäftsjahr 1919/20 erbrachte nach 354.298 M. Abschreibungen sowie 921.968 M. Sonderabschreibungen auf Anlage einschließlich Vortrag einen Reingewinn von 962.227 M., aus dem 12 Prozent Dividende verteilt werden sollen. Die Produktion des Werkes konnte beträchtlich gesteigert werden. Die Hauptversammlung genehmigte die Regularien und beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 4 Mill. M.

Die Berliner A.-G. für Eisengießerei und Maschinenfabrikation (Henschel) in Charlottenburg erzielte im Geschäftsjahr 1919/20 einen Bruttogewinn von 1.748.343 (204.355) M. Nach 651.117 (298.116) M. allgemeinen Unkosten und 443.877 (84.806) M. Abschreibungen bleibt ein Überschuß von 606.095 (132.379) M., aus dem 10 (5) Prozent Dividende verteilt werden sollen. Dem Reservefonds werden 284.305 M. überwiesen (im Vorjahr mußten 230.000 M. entnommen werden); auf neue Rechnung werden 29.568 (12.746) M. vorgetragen.

Die Westfälische Maschinen- und Eisengießerei, A.-G., Bielefeld. Erzielte einen Überschuß von 5.407.880 (2.469.894) M., woraus eine Dividende von 18 Prozent für die alten und 9 Prozent für die neuen Aktien (12) in Vorschlag gebracht wird. In der Bilanz sind die Debitoren von 26,4 auf 32,8 Mill. M. angewachsen, die Kreditoren dagegen von 57,6 auf 56 Mill. M. zurückgegangen.

Die Metallindustrie Schönerbecher, A.-G., Schönebeck a. E., erzielte im Geschäftsjahr 1919/20 nach 3.084.961 (619.669) M. allgemeinen Unkosten, 151.819 (57.020) M. Abschreibungen einer Überschuß von 411.910 (62.762) M., aus dem 25 (4) Prozent Dividende verteilt werden sollen. 27.223 (12.762) M. werden vorgetragen.

Sächsische Drahtindustrie, Ransheim. Bruttogewinn: 2.14 Mill. (923.300) M. Reingewinn mit Vortrag: 1,08 (0,63) Mill. M., Dividende 10 (7) Prozent. Die Debitoren haben sich von 2,2 auf 6,08 Mill. M.

Berichtigung.

Die Rotorenfabrik Oberursel schreibt uns: In Nr. 47 Ihrer Zeitschrift bringen Sie eine Notiz über die von uns gezahlte Dividende. Die dabei gemachten Angaben sind falsch. Erstens haben wir keinen Bonus gezahlt, zweitens ist es ein Irrtum von Ihnen, wenn Sie die Dividende auf Stamm- und die Dividende von Vorzugsaktien abdecken. Die Vorzugsaktien haben nur 5 Prozent genossen und die Stammaktien haben 20 Prozent erhalten. Die einen haben mit den anderen nichts zu tun. Das eine Kapital hat sich um 5 Prozent vergrößert und das andere Kapital um 20 Prozent, von dieser Höhe gehen noch die bei Auszahlung der Dividende gleich von uns gezahlten Kapitalertragsteuern ab, so daß die Aktionäre für ihre vor Jahren gegebene Geldarbeit: 4 1/2 bzw. 18 Prozent (nicht plus) Papiermarkt erhalten haben.

Eine Arbeiterakademie und die Gewerkschaften*
Von Robert Dittmann, Stuttgart.

Sein Zweifel, die vorliegenden Vorzüge verdienen erste Beachtung. Was sollte es nicht, als „Stubs“ die Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. zwei Jahre zu besuchen, an der Hand des Lehrplans sein Wissen zu bereichern. Doch so schön der Gedanke auch sein mag, so wie die Vorzüge vorliegen, werden sie jetzt nicht ausführbar sein. Niemand wird bestreiten, daß es ein außerordentliches Gewinn für die Arbeiterbewegung wäre, wenn ein größerer Teil von Gewerkschaftskollegen zwei Jahre der Tagesarbeit Raubt sagen könnte, um sich eines planmäßiger Studium widmen zu können, wie es der Lehrplan der zu errichtenden Arbeiterakademie vorsieht. Doch die Gewerkschaften müssen mit einer Reihe zwingender Faktoren rechnen, die ihnen die Pflicht auferlegen, den Bedürfnissen der Zeit auf allen Gebieten nach Möglichkeit gerecht zu werden. Wir leben in einer schnell dahineilenden Zeitperiode, die täglich ungeborene und neue Anforderungen an uns stellt. Wir haben nicht Zeit, in langjähriger Arbeit allmählich einen größeren Stamm von Kollegen heranzubilden, die in mehrjähriger, gründlicher Durchbildung eine ausgiebige Schulung ihres Wissens und Könnens erfahren. Die Zeit drängt!

Ursprünglich hatte man an eine Zahl von etwa 1000 Teilnehmern für die Arbeiterakademie gedacht. Doch nach näherer Prüfung und im Besonderen in der Hinsicht mit der Bestimmung des A.O.S. sah man ein, daß diese Zahl viel zu hoch gegriffen sei. Nicht etwa, weil es technisch nicht durchführbar wäre, die Teilnehmer unterzubringen, sondern weil es die Gewerkschaften jetzt unmöglich ist, für eine solche hohe Zahl von Teilnehmern die Unkosten aufzubringen. Auch bei der heutigen Konjunkturlage damit rechnen werden, daß Familienunterstützung und Unterhalt usw. eines jeden Teilnehmers im Durchschnitt mindestens 2000 M. pro Jahr kosten werden. Dieser Betrag wäre von der Gewerkschaft aufzubringen, die einzelnen Teilnehmer bezahlen, während der Lehrzeit, Lehrstühle, Lehrstühle usw. von der Universität frei gestellt würden. Ebenso sind

für Wohnung, Beköstigung usw. besondere Einrichtungen vorgesehen, um die Kosten für den einzelnen Teilnehmer in bestimmten Grenzen zu halten. Wir würden also selbst bei einer Teilnehmerzahl von 1000 Gewerkschaftsmitgliedern — auf diese bestimmte Zahl sind wir in der gemeinsamen Beratung gekommen — mit einer Ausgabe von rund 2 Millionen Mark jährlich für die Gewerkschaften zu rechnen haben. Es entzieht nun die Frage:

Wie weit gehen zurecht die Mittel der Gewerkschaften für solche Bildungszwecke und welchen Betrag kann die Gewerkschaft für die Durchbildung eines einzelnen ihrer Mitglieder aufwenden?

Zweifellos müssen die Gewerkschaften für die nächste Zukunft weit größere Mittel für Bildungszwecke flüssig machen, als wie es bisher geschah. Dazu zwingen uns die Verhältnisse. Eine andere Frage ist jedoch die, ob wir die von der Gesamtheit aufzubringenden Mittel für Bildungszwecke zunächst bei einem kleineren Kreis von Kollegen zu einer gründlichen, umfassenden Bildung anwenden sollen oder ob wir versuchen, mit diesen Mitteln einem größeren Kollegenkreis vorwärts zu helfen. Wir dünkt, beides ist notwendig. Wir brauchen unbedingt gründlich durchgebildete Kollegen, die anderen wieder zu geben imstande sind und in unseren Kreisen als Lehrkräfte weiter wirken, doch wir benötigen ebenso einen möglichst großen Teil von Kollegen (besser noch, wenn es für alle gut wäre), die wenigstens über ein bestimmtes Wissen verfügen, volkswirtschaftliche und andere Kenntnisse besitzen. Gerade jetzt, wo die Umgestaltung der Wirtschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Vordergrund tritt, benötigen wir der Kräfte, die über Wissen und Können verfügen, bringender dem je. Das haben wir bei anderen Gelegenheiten — wir erinnern zum Beispiel an die Aufgaben der Betriebsräte — immer wieder hervorgehoben. Lassen wir die Gegenwartsaufgaben ins Auge, dann ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, auf dem Gebiete der Durchbildung und Heranziehung geistiger Kräfte alles zu tun, was irgendwie möglich ist. Dabei muß zurecht in erster Linie eine konzentrierte Durchbildung auf dem Gebiet erfolgen, das uns am nächsten liegt: Volkswirtschaft, Nationalökonomie. Nehms ich den vorgesehenen Lehrplan der Frankfurter Arbeiterakademie zur Hand, so sind die unter A bis C vorgezeichneten Lehrfächer sicherlich alle recht wertvoll und bei einer massenhaften Bildung durchaus angebracht. Im Vordergrund steht jedoch A. Wirtschaft- und Gesellschaftslehre. Geht es nicht anders, müssen die anderen mit vorgesehenen Fächer in den Hintergrund treten, um den „Studenten“ der Gewerkschaften wenigstens auf dem Gebiet der Volkswirtschaft vorwärts zu helfen. Das könnte dann in einem kürzeren Zeitraum geschehen. Bei den Besprechungen in Frankfurt a. M. ist man dem auch unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte bereits von vier Semestern (zwei Jahre) auf zwei Semester (ein Jahr) zurückgegangen. Dabei ist jedoch ebenfalls von Gewerkschaftsvertretern (so auch von mir) ernsthaft die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht möglich sei, mit einem Semester einen gewissen Abschluß geben zu können. Diese Frage ist noch Gegenstand weiterer Beratungen.

Ein Semester dauert rund 4 Monate. Anschließend daran müßten die von den Gewerkschaften entsandten „Schüler“ noch etwa 2 Monate in einem besonderen Nachkurs (das kann ebenfalls auf der Universität geschehen) eine weitere Fortbildung des Erlernen erfahren, wobei besondere, von den Gewerkschaften bestellte Lehrkräfte mitzuwirken hätten. Dieser Nachkurs würde dann, nachdem das Universitätssemester eine gewisse Allgemeinbildung ergeben, auf die besonderen Bedürfnisse der Gewerkschaften, auf die Anschauungen und Ziele der sozialistischen Arbeiterbewegung zugeschnitten werden können. Gelänge es, in diesem Sinne etwas Wertvolles schaffen zu können, so wären die aufgewandten Mittel nicht umsonst. Sie würden in der Durchbildung proletarischer Kräfte der Gesamtheit zugute kommen. Natürlich müßten sich die Gewerkschaften bei einer Beteiligung an der Arbeiterakademie einer ausschlaggebenden Einfluß auf die Gestaltung des Lehrplans, der zu besuchenden wie eventuell abzulehnen Lehrkräfte u. a. vorbehalten. Das wurde uns bei den Verhandlungen in Frankfurt a. M. auch in Aussicht gestellt. Es ist selbstverständlich notwendig, auch diese Seite des Problems zu beachten. Ich habe bei der gemeinsamen Besprechung in Frankfurt u. a. folgendes erklärt:

„Wächter Sie bitte, meine Herren, daß wir als Sozialisten an diese Fragen herantreten. Sie stehen zumeist auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung, während wir die kapitalistische Wirtschaft beseitigen und an ihre Stelle eine sozialistische Gemeinwirtschaft treten lassen wollen. In diesem Sinne sollen unsere etwa hierher zu entfernender Vertreter die gewonnenen Kenntnisse vermerken.“

Aus diesen Gründen ist es auch erforderlich, daß wir den notwendigen Einfluß auf Lehrplan, Lehrkräfte usw. erhalten, daß wir die von uns entsandten Kollegen nach abgelaufenem Semester noch zu einem Nachkurs zusammenhalten. Eine absolut neutrale Wissenschaft gibt es nicht. Deshalb müssen uns die notwendigen „Sicherheiten“ gegeben werden.“

Gelingt es uns, die geplante Arbeiterakademie an der Frankfurter Universität in unserem Sinne zu gestalten, dann würde ich eine Beteiligung der Gewerkschaften empfehlen. Damit wäre, wenn zunächst auch noch in so bescheidenem Maße, der Anfang damit gemacht, daß die Tore der Universität denen geöffnet werden, denen sie zukünftig den Männern der Arbeit.

Im Anschluß an diese aufgeworfene Frage seien mir noch einige Hinweise gestattet, die unsere weiteren Bildungsbestrebungen und -möglichkeiten betreffen. Nach meiner Auffassung muß unter anderem für unsere Organisation mit der Errichtung einer Arbeiterakademie die Abhaltung von Kursen für die Verbandsfunktionäre und Betriebsräte in den einzelnen Bezirken erörtert werden.

Wäre es nicht möglich, von Bezirk zu Bezirk Kurse abzuhalten, deren Zeitdauer auf einen Monat beschränkt und deren Teilnehmerzahl etwa 100 betragen würde? Diese Teilnehmer würden für diesen Monat freigestellt, die Kosten zur Hälfte aus den Mitteln der Hauptkasse bestreiten, zur anderen Hälfte aus den Mitteln der Lokalfassen derjenigen Verbände, die die Kollegen delegieren. Die anzustellenden Lehrkräfte wie alle anderen Unkosten würde die Hauptkasse übernehmen müssen. Ich schätze bei oberflächlicher Berechnung die gesamten Kosten für die Teilnehmer, deren Unterhalt während den vier Wochen, die Lehrkräfte usw. auf rund 3 Millionen Mark pro Jahr. 1000 Kollegen würden wir so in einem Jahre mindestens erziehen. Wäre es nicht für die Aufgaben der Betriebsräte und die Gewerkschaft ein unschätzbare Gewinn, wenn wir in planmäßiger Durchbildung einen immer größeren Stamm tüchtiger Durchbildungsfunktionäre heranziehen könnten? Ganz gewiß!

Und noch ein anderes. Eine Organisation wie die unsrige bedarf der Quellen, aus denen sie praktische volkswirtschaftliche Kenntnisse schöpfen kann. Soll eine sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft vorgenommen werden, wenn das Proletariat zur politischen Macht gelangt, dann muß es sich darauf vorbereiten. Dazu sind in erster Linie die Gewerkschaften berufen. Wir müssen mehr wie bisher mit den uns in sozialistischer Erkenntnis aufstrebenden geistigen Kräften der Industrie in engere Fühlung treten und die heranziehen, die dort noch im Dienst des Kapitalismus ihre Erziehung finden müssen. Wir haben heute solche sozialistisch denkender Kräfte in den einzelnen Industriezweigen, die vermöge ihrer Stellung über umfassende Kenntnisse in praktischen Wirtschaftsleben verfügen. Mit ihnen müssen wir in nähere Beziehungen treten, die Kenntnisse und Erfahrungen sammeln, die sie uns vermitteln können, und das so gewonnene Material an unsere Funktionäre weiterleiten. Einen „Wirtschaftsrat“ müßten wir haben, in dem wir mit tüchtigen Männern, die mitten im wirtschaftlichen Leben stehen, als Sozialisten von Zeit zu Zeit einen gründlichen Meinungsaustausch über volkswirtschaftliche Probleme pflegen können. Die Zeit wird in Fluß. Große Anforderungen werden an uns gestellt. Zeigen wir uns ihnen gewachsen.

* Siehe Nr. 1 der Metallarbeiter-Zeitung.

Die Arbeitslage in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie

ift in der Woche vom 29. November bis 6. Dezember in 589 Orten Deutschlands von unseren Bevollmächtigten untersucht worden. Berichtet wurde über 20645 Betriebe mit 1691858 Beschäftigten. Es waren:

Table with 4 columns: Berichtswache, Vormoche, and sub-columns for absolute and percentage values for full-time and part-time workers.

Die Zahl der vollbeschäftigten Betriebe und Arbeiter hat sich gegen die Vormoche absolut und relativ vermehrt, die Zahl der Betriebe mit Kurzarbeit und der Kurzarbeiter hat sich verringert. Die Beschäftigung in den Verbandsbezirken bringen wir in folgender Tabelle zur Anschauung:

Table showing employment statistics by region (e.g., Königsberg, Stettin, Breslau, etc.) with columns for full-time and part-time workers.

Die Feststellungen über die Dauer der Arbeitszeit in den verfürteilenden Betrieben sind in folgender Tabelle enthalten. Den Zahlen sind die Ergebnisse der Vormoche gegenübergestellt. Es betrug die Arbeitszeit in den teilweise beschäftigten Betrieben:

Table showing working hours for full-time and part-time workers in partially employed establishments.

Auch diese Zahlen ergeben eine Besserung der Lage. Die Zahl der Betriebe und Arbeiter mit einer Arbeitszeit von unter 24 und von 24 bis 31 Stunden hat sich verringert, dafür erhöhte sich die Zahl der Betriebe und Arbeiter mit einer längeren Arbeitszeit eine Erhöhung. Die Statistik über die Arbeitslosigkeit der Verbandsmitglieder zeigt gleichfalls einen günstigeren Stand. In 589 Orten (einschließlich Berlin) wurden am Ende der Berichtswache 1488008 Verbandsmitglieder gezählt, von denen 40107 arbeitslos und 73237 Kurzarbeiter waren. Auf je 100 Mitglieder entfallen 2,7 Arbeitslose gegen 3,1 in der Vormoche und 4,9 Kurzarbeiter gegen 5,1 in der Vormoche. Auf Berlin entfallen von den Arbeitslosen 18258 (Vormoche 18808) und von den Kurzarbeitern 1480 (Vormoche 8240). In Berlin hat sich also die Zahl der Arbeitslosen vermehrt, die der Kurzarbeiter verringert. Reichsarbeitslosenunterstützungsempfänger wurden rund 20000 gezählt, Empfänger von Kurzarbeiterunterstützung 6726. In dieser Zahl sind die Berliner nicht enthalten. Die Summe der vom Verband in der Berichtswache ausbezahlten Arbeitslosenunterstützung belief sich auf rund 322000 RM.

Lebenshaltung und Löhne

Von Dr. Buczynski, Direktor des Statistischen Amtes, Berlin-Schöneberg.

Der Februar 1920 bildet einen Markstein in der deutschen Reichsgeschichte. In diesem Monat wurden zum ersten Male - nach einem nicht ganz glücklichen Versuch im November/Dezember 1919 - Leuerungszahlen gewonnen. In diesem Monat wurde auch die erste allgemeine Lohnhebung durchgeführt. Die Leuerungszahlen wurden Ende August veröffentlicht. Die Löhne sind erst für einige wenige Gewerbe bekanntgegeben. Immerhin liegt schon genügend Zahlenstoff vor, um sich ein ungefähres Bild von dem Verhältnis von Lebenshaltungskosten und Löhnen im Februar 1920 machen zu können. Für den Durchschnitt aller deutschen Städte über 1000 Einwohner betrug damals die Leuerungszahl 621. Das bedeutet: der vom Statistischen Reichsamte angenommene Bedarf einer fünfköpfigen Familie an Nahrungsmitteln, Brennstoffen, Leuchtmitteln und Wohnraum, kostete 621 M. Für Groß-Berlin betrug die Leuerungszahl 659, d. h. 165 M pro Woche. Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß sich nach meinen Berechnungen die Kosten des wöchentlichen Existenzminimums für die gleichen Bedürfnisse einer vierköpfigen Familie auf 121 M stellten. Das Weniger gegenüber der Reichszahl erklärt sich dadurch, daß ich nur mit einer vierköpfigen Familie rechne und eine noch anspruchslosere Ernährung zugrunde lege. Unter Einbeziehung aller in der Reichszahl nicht berücksichtigten lebensnotwendigen Ausgaben (Wäsche, Wäschereinigung, Hausrat, Fahrgehalt, Steuern usw.) kam ich für den Februar 1920 zu einem Existenzminimum von insgesamt 254 M. Demgegenüber ergab die Reichszahl als durchschnittlichen Wochenverdienst des erwachsenen männlichen Arbeiters in Groß-Berlin:

Table listing average weekly earnings for different professions: Baugetwerbe (175 M), Glas- und keramische Industrie (171 M), Industrie der Oel und Fette (160 M), Lederindustrie (199 M).

Zeht man den Gesamtdurchschnitt für alle erwachsenen männlichen Arbeiter in Groß-Berlin auf 170 M an, so wäre er um etwa ein Drittel geringer gewesen als die damaligen Kosten des Existenzminimums für eine vierköpfige Familie (254 M). Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß das Existenzminimum im letzten Vorkriegsjahr mit knapp 29 M um reichlich ein Sechstel geringer war als der damalige Durchschnittsverdienst von rund 35 M.

Es wirt sich nun die Frage auf, ob das Verhältnis von Lebenshaltungskosten und Löhnen im Februar 1920 besonders ungünstig war. Diese Frage ist bei dem Mangel an zuverlässigen Material schwer zu beantworten. Im August 1919 habe ich den Durchschnittsverdienst der männlichen erwachsenen Arbeiter in Groß-Berlin auf 100 M geschätzt. Das wöchentliche Existenzminimum mag damals etwa 130 M betragen haben. Der Verdienst wäre also um annähernd ein Viertel geringer gewesen als die Kosten des Existenzminimums. Im Frühjahr 1920 aber war das Verhältnis noch ungünstiger als im Februar 1920, denn die Kosten des Existenzminimums stiegen auf 322 M im März und auf 375 M im April, ohne daß die Löhne entsprechend erhöht wurden. In der Folgezeit trat dann wieder eine Erleichterung ein, da die Lebenshaltung etwas billiger wurde, während die Löhne weiter stiegen. Für den November 1920 schätze ich den durchschnittlichen Wochenverdienst auf 240 M; die Kosten des Existenzminimums betragen 316 M. Der Verdienst war also, ähnlich wie im August 1919, um etwa ein Viertel geringer als die Kosten des Existenzminimums.

Table comparing cost of living indices for 1913/14 and 1918/19, showing significant increases in various categories.

Darf man daraus schließen, die Lage der Groß-Berliner Arbeiter-Schaft sei heute die gleiche wie im August 1919 und besser als im Februar 1920? Das wäre nicht richtig. Im August 1919 hatten sehr viele und im Februar 1920 immerhin noch recht zahlreiche Arbeiterfamilien hinreichend Kleidung, Schuhwerk und Wäsche, um zur Not ohne die Neuanweisungen, die an sich erforderlich waren und die in den Berechnungen des Existenzminimums selbstverständlich einbezogen sind, auskommen zu können. Heute ist das aber nur noch vereinzelt der Fall. Heute müssen die meisten Arbeiterfamilien Neuanweisungen vornehmen, wenn sie nicht elend verkommen wollen, und deshalb ist heute ein Leben mit einem Verdienst, der erheblich hinter den Kosten des Existenzminimums zurückbleibt, viel qualvoller als vor einem Jahre.

Das Geschrei über den Terrorismus

Im Kampf gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband ist den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften eine Reihe von sehr leichten, auch das schäblichste Mittel recht gewesen. Wie leichtfertig sie das ihnen zugehende Material ohne Nachprüfung in die Öffentlichkeit schleudern, obwohl dies Material letzten Endes von den Feinden der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen das Koalitionsrecht aller Arbeiter und Angestellten benützt wird, zeigt folgender Fall:

Erlebens und Ziegler teilten in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete des Reichstags am 22. November 1920 in einer kleinen Anstache an die Regierung mit, daß bei der Firma Hlendorff in Wettendhausen bei Kassel eine Betriebsversammlung am 4. November v. J. beschlossen hat, von sieben dem Gewerkschaften deutscher Metallarbeiter (G.D.) angehörenden Arbeitern den sofortigen Abtritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu verlangen. Die betreffenden Arbeiter lehnten den Abtritt ab. Nach Ablauf der gestellten Frist fanden sie ihre Werkzeugkisten zugemauert. Schließlich ließen sich die Arbeiter bewegen, den Abtritt zu vollziehen. Es handelt sich mit einer Ausnahme um verheiratete, ältere Leute. Wir fragen erneut, wie schon oft: Welche Maßnahmen will die Reichsregierung treffen, um einen solchen Gesinnungszwang zum Abtritt in fremde Organisationen zu vermeiden?

Vom Arbeitsministerium wurde am 30. November im Reichstag geantwortet, daß vor der Regelung des Koalitionsrechts im allgemeinen Arbeitsrecht besondere gesetzliche Maßnahmen nicht beabsichtigt seien. Die Regierung habe aber wiederholt mit den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden verhandelt und von ihnen die Sicherung erhalten, daß jeder Organisationszwang vermieden werden soll. Die Regierung ging mitlin auf den Fall selbst nicht ein. Gätte sie eine Untersuchung des der Anfrage als Unterlage dienenden Vorgangs vorgenommen, so hätte sie folgendes Ergebnis erhalten, wie es unsere Ortsverwaltung Kassel feststellt hat:

Am 4. November v. J. fand eine Betriebsversammlung der Eisengießerei der Firma Hlendorff in Kassel-St. statt. Dort sind circa 50 Arbeiter beschäftigt. U. a. wurde in dieser Versammlung ein Vortrag über die künftige Entwicklung der Gewerkschaften gehalten und den in dem Betrieb beschäftigten sieben Mitgliedern des Gewerkschaften der notwendige Ausbau zu Industrierestriktionen auf einheitlicher Grundlage vor Augen geführt. Ebenso wurde dabei erwähnt, daß nur der Zusammenschluß zu großen Verbänden den Einfluß der Arbeiter stärken könne und auch sie doch als Gewerkschaftler Wert darauf legen müßten, mitzuraten und zu taten. Bei der Bedeutungslosigkeit ihrer Organisation hier am Orte sei ihnen dies nicht möglich usw. Am Tage nach der Versammlung, nachdem die Betroffenen eine Nacht Zeit gehabt hatten, sich den Inhalt des Vortrages nochmals reiflich zu überlegen und durchzudenken, haben sie ihre Mitgliedsbücher freiwillig abgegeben.

Wir stellen hier ausdrücklich fest, daß irgendwelche Maßnahmen nicht angedroht wurden, sondern der Abtritt lediglich auf die in der Versammlung gewonnene Überzeugung zurückzuführen ist. Diese Art, Mitglieder anderer Organisationen zum Abtritt zu bewegen, ist unser Recht und würden wir uns dies auf keinen Fall streitig machen lassen.

Auf nachmalige Erkundigungen beim Vorliegenden des Betriebsrates des betreffenden Betriebes heute morgen, teilte er mir mit, daß ihm von einem Zwang, insbesondere von dem Zuragen der Werkzeugkisten nichts bekannt sei.

Zum Beweis dessen, daß ein Zwang und Terror nicht ausgeübt wurde, lassen wir hier abschließend eine Erklärung folgen, die von den ehemaligen Mitgliedern des Gewerkschafts unterschrieben wurde:

Wir, die Unterzeichneten, erklären durch eigenhändige Unterschrift, freiwillig, ohne jeglichen Zwang, unseren Abtritt zum Deutschen Metallarbeiter-Verband. Wir waren vorher Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts.

W.: Hemming, Gimbel, Ried, Osterberg, Albrecht, Geinemann, Ludolph.

Wir bemerken, daß alles dieses dem Bezirksleiter des G.D. Gewerkschafts in Erfurt bekannt gewesen ist. Um so wunderlicher ist es, daß diese Angelegenheit nur noch zu einer Aktion vor dem Reichstag gemacht wird.

Der Metallarbeiter in der Kallindustrie

Obwohl der Metallarbeiter in der reinen Metallindustrie infolge der Krise schwer um seine Existenz kämpfen muß und der Verdienst der heutigen Preisen keineswegs angepaßt ist, steht doch der Metallarbeiter in der Kallindustrie noch viel schlechter da, trotzdem in der Kallindustrie ein Arbeitsmangel nicht in solchem Umfange vorhanden ist. Vielmehr sind während des Krieges die Einrichtungen in den Kallbetrieben derartig heruntergewirtschaftet, daß die notwendigen Reparaturen noch jahrelange angestrengte Arbeit in Anspruch nehmen werden, um die Betriebe auf die Höhe der alten Leistungsfähigkeit zu bringen. Ein solches Arbeitsmangel für die Kallmetallarbeiter besteht noch nicht. Es ist vielmehr notwendig, daß die Metallarbeiter in den Kallbetrieben sehr oft Überstunden machen müssen. Auch der Kohlen- und Bagagemangel, welcher zeitweise Störungen in der Kallindustrie hervorruft, hindert den Kallmetallarbeiter nicht an der Arbeit, sondern es wird gerade in der stillen Zeit angestrengte Tätigkeit von ihm verlangt, um den Betrieb für die Zeit voller Beschäftigung irstand zu setzen. Man sollte nun meinen, daß die Metallarbeiter der Kallindustrie besonders günstige Lohnverhältnisse haben müßten, dies ist nicht der Fall, sondern er steht hinter seinen Kollegen in der Metallindustrie weit im Lohn zurück.

Wenn man nun den Ursachen der Minderentlohnung nachgeht, so stößt man zuerst auf die Tatsache, daß der Metallarbeiter im Kallbergbau gewissermaßen als ein notwendiges Übel betrachtet wird, er hat nur indirekt Anteil an der Produktion. Während zum Beispiel ein Bauer oder ein Fördermann produktive Arbeit leistet, indem er die für unsere Volkswirtschaft so wichtigen Dingesätze erschließt und zutage schafft, ist es bei dem Handwerker umgekehrt: seine Tätigkeit belastet die Selbstkosten des verarbeiteten Produktes, er arbeitet also „unproduktiv“ und gilt deshalb bei vielen Betriebsleitern als ein notwendiges Übel. Es wird an seiner Tätigkeit soviel wie möglich zu sparen gesucht und so ist es dahin gekommen, daß der Lohn der Handwerker meistens weit hinter dem Lohn seiner Berufs Kollegen in der Kallindustrie, wie auch hinter dem der Kallbergleute zurückbleibt. Der zweite Grund der geringen Entlohnung besteht darin, daß im Kall meistens im Accord, oder wie der bergmännische Fachausdruck dafür lautet, im Gebinde gearbeitet wird. Der Handwerker, welcher ja meistens nur Reparaturarbeit leistet, welche durch ihre feste Ver-

schiedenheit nicht in ein Gebindestem, eingefügt werden kann, erhält nur den tatsächlich festgelegten Schichtlohn, hat also keine Möglichkeit, seinen Verdienst zu steigern, trotzdem seine Tätigkeit sehr oft nicht minder anstrengend ist als die der Gebindestarbeiter. Als weiteres Moment kommt hinzu, daß der Metallarbeiter mit seiner Organisation im Kall in der Minderheit ist und bei Verhandlungen und Lohnkämpfen sich mehr oder minder der Kalkil der führenden Organisationen anpassen muß. Ob nun bei diesen führenden Organisationen in der Kallindustrie immer das rechte Verhältnis für die Forderungen der Metallarbeiter vorhanden ist, wage ich zu bezweifeln.

Wir haben es bei den Tarifverhandlungen mehrfach erlebt, daß bei Beratung der Lohnrate ein höherer Lohnsatz für die Metallarbeiter als für die Bergarbeiter von diesen entschieden bekämpft wurde, obwohl doch die Bergarbeiter weit über den Schichtlohn hinaus verdienen. So ist es dahin gekommen, daß trotz Gleichheit der Schichtlohnätze die Gebindestarbeiter sehr oft 15 bis 20 M pro Schicht mehr verdienen als der Handwerker. Der tarifliche Höchstlohn für die Handwerker beträgt 34 M, hinzu kommt für Verheiratete ein Familienzuschlag von 2 M und für jedes unter 15 Jahren alte Kind 2 M Kinderzuschlag. Die Gebindestarbeiter verdienen vielfach 50 M und mehr außer obigen Zulagen. Es entsteht nun die Frage: Was ist zu tun, um den Metallarbeitern zu dem ihnen gebührenden Lohn zu verhelfen? Es sind in den Kallmetallarbeitervereinigungen schon mehrere Mittel erwogen und wieder verworfen worden. Da die Unternehmer sich stets darauf berufen, daß sie an die Schichtlohnätze des Tarifes gebunden seien, wurde in einzelnen Versammlungen vorgeschlagen, auch für die Metallarbeiter das Accordsystem einzuführen. Dieser Vorschlag mußte aber fallen gelassen werden, weil ein Accordsystem bei den verschiedenen Reparaturen nicht angewendet werden kann. Vorschläge auf Einführung von besonderen Zulagen für schmutzige Arbeiten und Prämien wurden ebenfalls verworfen, da dieses nur zum Güntlingsystem führen muß, welches erst mit Mühe und Not abge schafft worden ist. Ferner wurde das Verfahren von Oberschichten auf das schärfste bekämpft, weil dieses zur Verelendung des Kallmetallarbeiters sehr viel beigetragen hat.

Es ist also trotz aller Suchens kein gangbarer Weg gefunden worden, um dem Metallarbeiter im Rahmen der gültigen tariflichen Lohnsätze einen besseren Arbeitsverdienst zu verschaffen. So wurde denn in einer in Erfurt abgehaltenen Versammlung der Kallmetallarbeiter beschlossen, eine Lohnerhöhung von 10 M pro Schicht zu fordern, um welche Summe der Lohn der Kollegen im Kall hinter dem der reinen Metallbetriebe am Orte zurückbleibt. Nun ist Erfurt nicht die Welt und um ein einheitliches Verlangen für die Kallmetallarbeiter im Reiche herbeizuführen, wurde an den Vorstand ein Antrag eingereicht, in welchem gefordert wurde, daß vom Hauptvorstand ein Brandenburger angestellt werden soll, welcher sich ausschließlich nur mit der Kallindustrie beschäftigt. Das bisherige System, daß die Bezirksleitungen die Interessen der Kallarbeiter vertreten, ist infolge mangelhafter, als die Bezirksleiter mit Arbeit überlastet sind und in der Weltfähigkeit der an sie herangetragenen Anforderungen die Wahrung der Interessen der Kallmetallarbeiter beim besten Willen nicht so vornehmen können, wie es unbedingt nötig ist und wie es ein nur in dieser komplizierten Sache tätiger Brandenburger tun kann, denn dessen Tätigkeit würde sich nicht nur auf einen Bezirk erstrecken, sondern soweit die deutsche Kallindustrie reicht. Von andern in der Kallindustrie zuständigen Verbänden ist dieses System teilweise schon eingeführt. Nur wenn die Leitung der Metallarbeiter im Kall in eine Hand gelegt wird, welche auch die nötige Zeit hat, diese schwierige Materie zu bearbeiten und in Versammlungen und Konferenzen ein überauser Zusammenfluß der Kallmetallarbeiter aller Bezirke herbeigeführt wird, ist es uns möglich, unseren gerechten Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Dieses in die Wege zu leiten, soll der Zweck dieser Zeilen sein. Wilhelm Beckmann.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 9. Januar ist der 8. Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 15. Januar 1921 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table listing administrative districts and their respective contributions to the association's budget.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Anforderung zur Rechtfertigung: Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

- List of names and dates for members being asked for justification: Auf Antrag der Verwaltungstelle Mienas: Der Hilfsarbeiter Wilhelm Renter, geb. am 25. Sept. 1892 zu Werdohl, Mitgliedsbuch Nr. 3,647461, wegen Nichtabkassieren einer Sammelliste. Der Monteur Johann Beckmüller, geb. am 30. April 1881 zu Merzig, Mitgliedsbuch Nr. 2,671889, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Zur Beachtung! - Zugug ist fernzubalten:

von Gold- u. Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz; nach Leipzig D.; von Metallarbeitern nach Sangerhausen in Thüringen (Fa. Brandes & Rood) D.; nach Wittenberge (Singer Co. Nähmaschinenfabrik) Str.; nach Zwickau (Döhler & Riedle, Nähmaschinenfabrik und Eisengießerei) W.; von Montagearbeitern nach allen Montagebaustellen der Dortmunder Eisenkonstruktionsfirmen D.; von Orthopädiemechanikern und Sandgüßern nach Königssee in Thüringen (Fa. Orthopädische Industrie) D. L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; W. = Wahrung; Ri. = Rißfände; A. = Auswertung.

Rundschau

Die Rache der Konterrevolution

Beim Abschluß dieser Zeilen kommt aus Ungarn die Nachricht, daß die ungarischen Henter ihren Blutrausch stillen konnten. In Budapest wurden vor dem Strafgerichtshof die ehemaligen Volkstommisare Josef Gaubrich, Peter Agoston, Desidor Bokany und Karl Wontos zum Tode durch den Strang und Franz Bajasi, Union Dovocefal, Josef Kelta, Heinrich Kolmar, Alexander Szabados und Georg Nyjstoz zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Im letzten Augenblick hatten Gelehrte, Künstler und Poetiker von Ruf und Klang der ganzen Welt in einem öffentlichen Aufruf sich gegen die Blutarbeit des „christlichen“ Gorthy-Ungarns gewandt und im Namen der Menschlichkeit Gerechtigkeit gefordert. Nichts, die Konterrevolutionäre Bestie mußte ihre Blutrache üben. Obwohl man den Angeklagten nicht das Geringste nachweisen konnte, sondern dieselben sich nur in den Dienst Mätungens gestellt und dort mit dem sozialistischen Aufbau betraut wurden, erfolgte die Verurteilung. Ungarn ist ein Schulbeispiel dafür, wie es kommt, wenn es der Gegenrevolution gelingt, die Arbeiterklasse vollständig zu Boden zu drücken. Ein Menetekel für uns, mit der Selbsterfleischung aufzuhören und unsern Blick nach dem gemeinsamen Feinde zu wenden. Die Verurteilten Gaubrich, Bajasi und Dovocefal waren Sekretäre des Metallarbeiterverbandes Ungarns. In das Herz der Arbeiter aller Länder werden sich die Namen der Gehenkten eingraben.

Gewerkschaftliches.

Beiratsführung des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Die vom 8. bis 10. Dezember 1920 in Dresden abgehaltene Beiratsführung nahm gegen die dritte Internationale mit 35 gegen 8 Stimmen folgende Resolution an:

Der Deutsche Textilarbeiterverband steht auf dem Boden des Klassenkampfes. Er erstrebt die Zusammenfassung aller in der Textilindustrie beschäftigten Textilarbeiter und -arbeiterinnen ohne Unterscheidung der politischen Parteistellung und des religiösen Bekenntnisses in einer einheitlichen, demokratisch ausgeübten Organisation zum Zwecke der Durchführung der im Statut vorgezeichneten Ziele. Voraussetzungen des Erfolges dieser Bestrebungen ist schärfste, aber freiwillig auferlegte, vom Vertrauen in die selbstgewählte Leitung getragene Disziplin der einzelnen Mitglieder und Gruppen des Verbandes. Opfervolle Hingabe an das Ganze, verständiges Eingehen auf Wünsche und Beschwerden einzelner oder Gruppen, intensives Studium der jeweiligen Wirtschaftslage und der besonderen Wirtschaftsbedingungen der Textilindustrie, freies, nur von Verbands- und allgemeinen Arbeiterinteressen diktiertes Urteilen in Fragen der Tagespolitik ist Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes, vor allem der angestellten Funktionäre des Verbandes, und schafft das Milieu, in welchem sich die bezeichnete, unbedingt notwendige wirtschaftliche Disziplin entwickeln kann.

Der Beirat weist deshalb alle Bestrebungen, die im Textilarbeiterverband vorhandene Disziplin ausserhalb der Verbandsbewegung liegenden parteipolitischen oder parteipolitischen Gründen zu lockern und so jenseitig auf die Textilarbeiterbewegung zu wirken, als arbeitserfährdend und schädlich zurück. Ganz besonders erklärt er eine Tätigkeit innerhalb des Verbandes, wie sie von der kommunistischen Partei Deutschlands, einem Diktum aus Moskau folgend, vorgezeichnet wird, als unvereinbar mit den Interessen der Textilarbeiter und des Verbandes. Der Beiratsvorsitz wird aufgefordert, diesen Fragen seine größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und gegebenenfalls mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eine solche, die Einheit der freien Textilarbeiterbewegung vernichtende Tätigkeit durch unerantwortliche Elemente unmöglich zu machen und gegen sie vorzugehen.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß außerhalb des Verbandes stehende Angehörige der Organisation auf die obengenannten zu verwendenden Schriftstücken verpflichtet, hält es der Beirat für geboten, diese Verbandsangehörigen auf das Verbandsfähigkeitsgesetz hin zu weisen und fordert eventuell vom Vorstand energisches Einschreiten. Der Beirat erklärt ausdrücklich, daß er sich mit Entschiedenheit auf den Boden der Antiparität der Gewerkschaftsinternationale stellt, das arbeitserfährdende Treiben der Moskauer Gewerkschaftsinternationale verurteilt und jede Unterstützung dieser Internationale als verbandsgefährdend betrachtet.

Seiner Beauftragte der Beirat den Vorstand, die Textilarbeiterinternationale, sich London, sowie den nächsten internationalen Textilarbeiterkongress in Paris zu veranlassen, die Frage der Revision des Pariser Friedensvertrages auf die Tagesordnung zu setzen. Vom Vorstand des Gewerkschaftsbundes wird verlangt, energisch auf die Erfüllung der 8 Punkte, die entsprecht dem Appell des Pariser Friedensvertrages zu bringen. Der Beirat protestiert gegen die Verurteilung des Einheits in Augsburg, die für gemeinsame Verhandlung der Reichsstände einer Gruppe oder eines Ortes die politische Verantwortung verlangt. Der Beirat stellt sich auf den Boden der gewerkschaftlichen Betriebsräte und verurteilt den Rückgang und die Zahlung von Beiträgen an sogenannte selbständige Betriebsräte; er erklärt in der Bilanz sogenannter kommunikativer Beziehungen gewerkschaftsfeindliche Beziehungen, gegen die mit allen juristischen Mitteln eingeschritten werden muß. Von der Revision der 45-Stundenwoche durch die Unternehmer wird entschieden, die Gründe der Arbeitgeber werden als nicht tragbar angesehen. Die bedingten Textilarbeiter werden aufgefordert, sich für alle Eventualitäten bereit zu halten. In dem im Mai d. J. in Paris abgehaltenen internationalen Textilarbeiterkongress sollen 21 Vertreter delegiert werden. Die Beschlüsse erfolgen im März. Ein Antrag, den Beiratsbeschlüsse nach Sachliegen zu verlegen, wurde abgelehnt.

Reklamation im Gewerkschaftsbund. Die Mitglieder des Textilarbeiterverbandes haben durch Umfirmierung, die vom 10. bis 13. Dezember 1920 vorgenommen wurde, darüber zu entscheiden, ob sie sich als Gewerkschaftsmitglied dem Betriebsratsverband oder dem Gewerkschaftsbund anschließen wollen.

Die im Juli 1919 in Leipzig angenommene Gewerkschaftsordnung der Textilarbeiter hat sich als unzulänglich für die Gründung eines Textilarbeiterverbandes, eventuell für die Verschmelzung mit dem Betriebsratsverband erwiesen, während die Mitglieder durch Umfirmierung eine Verschmelzung mit dem Betriebsratsverband ablehnten. Kurz ehe der Textilarbeiterverband in der Tat gegründet wurde, wurde auf der Umfirmierung haben sich nur 50 u. a. der Mitglieder an der Umfirmierung beteiligt. Für die Verschmelzung waren 500 Mitglieder, gegen die Verschmelzung 6550 Mitglieder. Ungünstig waren 65 Stimmen, 1123 Mitglieder haben sich an der Umfirmierung überhaupt nicht beteiligt, darunter ein großer Teil weiblicher Mitglieder.

Bei den Gegnern der Verschmelzung spielen die ungeliebten Beiträge und Unterstellungen eine Rolle. Andererseits waren auch Stimmen vorhanden, die die Gründung eines Betriebsratsverbandes für richtig hielten. In letzterem Punkte noch nicht geklärt werden, weil einige Organisationen dieser Gründung ablehnend gegenüberstanden.

Aufgehoben ist nicht aufgehoben, nachdem sich 5000 Mitglieder für eine Verschmelzung entschieden haben. Die Entwicklung der Arbeiterorganisationen und die Notwendigkeit eines großen Zusammenschlusses der verschiedenen Industrien wird auch diese Frage zur Reife bringen.

Ein neues genossenschaftliches Unternehmen.

Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. berichtet: „Infolge der Knappheit an Brennmaterial haben wir im Hannoverischen ein Torfmoor zur Ausbeutung gepachtet, das einem erstklassigen Torf liefert. In diesem Jahre sind die Vorarbeiten gemacht, damit Anfang April nächsten Jahres der Maschinenbetrieb eröffnet werden kann. Wir haben nebenher einige Waggons Handfluchtort gefördert, den wir in unseren eigenen Betrieben verwenden. Es sind damit vorzügliche Resultate erzielt worden, obgleich es sich nur um Stechtorf handelt, während wir im nächsten Jahre einen maschinell hergestellten Prektor liefern werden, der die Konkurrenz mit der Draunkohle getrosten aufnehmen kann. Beim Publikum hat sich allerdings eine gewisse Vorzeit beim Torfkauf gezeigt, da in den letzten beiden Jahren manches Produkt als Torf verkauft worden ist, das den Namen Torf nicht verdient. Unser Torf ist aber von tadelloser Qualität und Feinheit, so daß unsere Freunde unbedingt damit zufrieden sein werden. Wir werden circa 200 bis 300 Waggons im Jahre fördern.“

Vom Ausland

Südafrika.

In der selbstverwaltenden britischen Kolonie Union von Südafrika (die 1911 5 973 000 Einwohner hatte, darunter 4 697 000 Farbige), gab es Ende 1919 insgesamt 103 Gewerkschaften, von welchen 94 ihre Mitgliederzahl mit 108 602 angaben. Die 9 Organisationen der Metallarbeiter hatten 8833 Mitglieder; im vorausgegangenen Jahre (1918) berichteten 7 Organisationen einen Stand von 5970 Mitgliedern. Die Mehrheit der Mitglieder treffen auf den südafrikanischen Bezirksverband, nämlich 1917 4726 und 1919 7078 Mitglieder; zunächst kommen dann die Eisen- und Stahlbauarbeiter, welche 1918 550 und 1919 1020 Mitglieder hatten. Von allen selbstverwaltenden britischen Kolonien hat Südafrika weitaus die schwächste Gewerkschaftsbewegung.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(R. a. G., Hamburg)

Die neuen Satzungsbestimmungen treten am 1. Januar 1921 in Kraft. Das erforderliche Material wurde an alle Ortsvereinigungen versendet. Sollte irgendeine nicht in den Besitz desselben gelangt sein, so hat sie sofort bei der Hauptverwaltung zu reklamieren. Jedem Mitgliede ist ein Rechtstag zur Satzung auszuhandigen. Für Beiräte nach dem 1. Januar 1921 sind die noch am Orte vorhandenen alten Satzungen zu verwenden, jedoch wird denselben ein Nachtrag beigelegt.

Die Mitglieder über 45 Jahre alt, welche in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1921 in Klasse I übertraten und innerhalb dieser Zeit der Sterbekasse beitrugen, dürfen sich in letzterer nur in Klasse II und nur einfach versichern. Die Vergünstigung, noch der Sterbekasse beizutragen zu dürfen, wurde für diese Mitglieder nur deshalb getroffen, weil das Sterbegeld aus gesetzlichen Gründen in Klasse I vorläufig nicht über 300 M bemessen werden konnte. Zur Deckung des Ausfalls reicht aber die einfache Versicherung in Klasse II der Sterbekasse vollkommen aus. Die Frauen dieser Mitglieder, welche ebenfalls das 45. Lebensjahr bereits vollendet haben, dürfen der Sterbekasse nicht mehr beitreten.

Vom 1. Januar 1921 an gehen die beiden Klassen zu 30 und 60 M Beitrag ein. Die übrig bleibenden Klassen für beide Klassen sind jedoch mit der Abschaffung für das erste Quartal 1921 einzuführen. Das gleiche gilt auch für die übrig gebliebenen Abgeordnetenvereine.

Nach § 18 Abs. 7 der Satzungen sind die örtlichen Verwaltungen berechtigt, bis zu 50 Mitglieder 50 M und für je weitere 50 Mitglieder 25 M als Kassensatz am Orte zu behalten. Da nun aber die Unterhaltungsgröße wesentlich erhöht wurde, muß auch der örtlichen Verwaltungen ein höherer Kassensatz befallen werden, um eventuell ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Der Vorstand hat deshalb von der ihm in § 18 Abs. 7 der Satzungen gegebenen Befugnis Gebrauch gemacht und beschlossen, die hieselbst festgesetzten Beträge zu verdoppeln; er muß jedoch darauf bestehen, daß die überschüssigen Gelder an die Hauptkasse eingestellt werden. Es ist sehr zu wünschen, daß Ortsvereinigungen willkürlich weit höhere Kassensätze am Orte behalten, wie es in letzter Zeit leider immer mehr vorgekommen ist. Wenn zur Zeit der Einsetzung der Verwaltung der rechnungsmäßige Kassensatz bereits auf den zulässigen Betrag oder darunter gesunken ist, so ist dieses bei Einsetzung der Verwaltung mitzuteilen und zu begründen.

Im Interesse der rechtzeitigen Lieferung der Erfahrungsblätter ist möglichst frühzeitige Bestellung derselben notwendig. Um dieselbe zu ermöglichen, verweisen wir schon jetzt auf die betreffende Bestimmung in der Satzung unter „Sonstiges“ (Seite 17 der Satzung vom 1919, 1. Abs.).

Hamburg, 3. Dezember 1920

Mit Gruß

Der Vorstand.

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat November 1920.

Einnahmen:

Von den Filialen eingekandt 81798,24 M. Beiträge von Einzelmitgliedern 2745,20. Zinsen 700.—. Dividen 974,70. Sonstiges 1145,70. Zusammen 87364,24 M.

Ausgaben:

An die Filialen gekandt 13198,05 M. Stammgeld an Einzelmitglieder 625,35. Verwaltungskosten 43700,95. Sonstiges 1356,14. Zusammen 58880,49 M.

Abschluß:

Einnahmen	87364,24 M
Ausgaben	58880,49 M
Rechnungshaben	28483,75 M
Kassensatz am 1. November 1920	4238170,43 M
„ „ „ 30. „ 1920	4316654,18 M

Die für die Krankenkasse sowie für die Sterbekasse bestimmten Beiträge sind stets nur an den Kassensatz der Klasse unter der Klasse: Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (R. a. G.), Hamburg 1, Bismarckhof 70, zu richten.

Bei jeder Geldzahlung an die Hauptkasse ist stets anzugeben, ob der Betrag für die Krankenkasse oder für die Sterbekasse bestimmt ist, und wenn für beide Klassen, dann wieder für jede.

Eingegangene Schriften

(Für Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Oden und Studien. Herausgegeben vom Oberpostamt, Dresden. Nr. 1, 2, 3: Entwicklungsgang der russischen Sozialdemokratie bis zur ersten Revolution (1906). Von Professor Dr. Goebel. (IV, 6 S.) 8. Kart. 3,50 M. — Nr. 4, 5: Die russische Sozialdemokratie von 1906 bis 1917. Von Dr. Siegfried Köhler. (III, 107 S.) 8. Kart. 8 M. — Auf Wunsch Karte 100 Prozent Leertungsgeld des Verlages. München: Verlag von G. C. Zaubner in Leipzig und Berlin.

Das Weimar der arbeitenden Jugend. 104 Seiten Text, 8 Seiten Bilder nach photographischen Aufnahmen auf Kunstdruckpapier. Zu beziehen durch den Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, und durch alle Buchhandlungen. Preis 10 M. inkl. Verpackung und Porto. Jugendvereine erhalten (Bestellung beim Hauptvorstand) Rabatt.

Die Neue Zeit. Wissenschaftliche Wochenschrift der Sozialdemokratischen Partei. Verlag J. D. Ditz, Stuttgart. Dittler, Bruno: Die Idee, Entstehung, Prüfung, Verwertung. 84 Seiten, brosch. 3,50 M. Verlag Friedr. Verndt's Sohn, Garzgerode a. L.

Was muß jeder Erwerbstätige und jeder Kriegsheld vom neuen Einkommensteuergesetz wissen? Fragen und Antworten von Arbeitersekretär D. Günther, Garburg. Preis 1,80 M. Verlag Buchhandlung Volksblatt, Garburg a. E.

Kritik des Taylorsystems. Zentralisierung — Taylorverfolgung. Praktische Durchführung des Taylorsystems und Ausbildung des Nachwuchses. Verfasst von Gustav Franz. Preis 10 M. Verlag Julius Springer, Berlin W. 9, Linienstr. 23.

Aus Natur und Geisteswelt. Band 391: „Grundlagen der Elektrotechnik.“ Von Oberingenieur A. Roth. Mit 10 Abbildungen. Preis brosch. 2,80 M., geb. 3,50 M. und 100 Prozent Leertungszuschlag. — Band 524: „Einführung in die analytische Chemie.“ I. Teil: Theorie und Gang der Analyse. Mit 15 Figuren im Text. — Band 525: 2. Teil: Die Reaktion. Von Dr. F. Hübner. Preis je Band brosch. 2,80 M., geb. 3,50 M. und 100 Prozent Leertungszuschlag. Verlag B. G. Teubner, Leipzig und Berlin.

Kartensammlungen. Für diese praktische Einrichtung sind folgende Karten erschienen: Fürsorgewesen mit besonderer Berücksichtigung der Kriegsursorge sowie der gesamten sozialen Arbeiter- und Angestelltenversicherung. — Arbeitsrecht (Arbeiter- und Angestelltenrecht). Von Gemeinderichter Dr. Kalle (Stuttgart). — Betriebsräte (Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenräte). Heft 1 und 2. Unter Mitwirkung hervorragender Vertreter der Wissenschaft und des praktischen Wirtschaftslebens herausgegeben von Dr. E. A. Heber, Frankfurt a. M., Leiter der Frankfurter Betriebsrätefrage. Nähere Angaben vom Volksverlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pfaffenstr. 5.

Leitfaden der drahtlosen Telegraphie. Allgemeinverständlich dargestellt von Dipl.-Ing. W. Döllinger. Mit 97 Abbildungen. Preis geb. 5 M. Akademisch-Technischer Verlag, Johann Samuel, Frankfurt a. M. West.

Die Beherrschung der Rede. Von M. Bod. Ratsschläge zur Aneignung der Redekunst für Agitatoren und Funktionäre sozialistischer Organisationen. Preis 2 M. Verlag „Tribüne“, Mannheim.

Die verjüngte Frau. Neue hübsche Geschichten von Th. Thomas. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 8 M.

Die Bearbeitung von Maschinenzeilen nebst Tafeln zur graphischen Bestimmung der Arbeitszeit. Von E. Heilke. Zweite erweiterte Auflage mit 349 Textfiguren und einer Tafel. Preis gebunden 12 M. Verlagsbuchhandlung Julius Springer, Berlin W. 9, Linienstr. 23.

Hand- und Lehrbuch für Werkmeister und Monteure zum Selbstunterricht in leichtverständlicher Darstellung. I. Einführung in die Mathematik und Mechanik (Algebra, Geometrie, Physik und Festigkeitslehre). Für Werkmeister, Monteure usw. zum Selbstunterricht und zum Gebrauch an Fortbildungskursen. Von Prof. Dr. R. Döfling. Mit 156 Abbildungen. (Bibl. d. gef. Technik Bd. 245.) Preis 6 M. —

Vorrichtungsbau. Bearbeitungsanordnungen und ihre Einzelteile für die rationelle Serien- und Massenfabrikation. Von Richard Nuffen und Ferdinand Fiedrichs. Mit 293 Abbildungen und 10 Tafeln. — Unentbehrlich für jeden selbständig arbeitenden Werkzeugbauer. Preis broschiert 16 M., geb. 20 M. und 30% Leertungszuschlag. Verlag M. Krayn, Buchhandlung für technische Literatur, Berlin W. 10, Genthiner Straße 89.

Werkzeimbau. Von Ingenieur D. Stolzenberg, Direktor der Werkzeugmaschinen- und der gewerblichen Fach- und Fortbildungsschulen zu Charlottenburg. Bd. I: Werkstoffe und ihre Bearbeitung auf warmem Wege. Mit 255 Abbildungen im Text. Geb. 9,60 M. (177 S. 8°). — Bd. II: Arbeitsverfahren. Mit 750 Abbildungen im Text (315 S. 8°). Geb. 18 M. — Auf beide Bände 100 Prozent Leertungszuschlag des Verlages. Abänderung vorbehalten. Verlag von B. G. Teubner, Leipzig und Berlin 1921.

Verbands-Anzeigen

Ungefitellte gesucht.

Schdorf a. Sieg. Geschäftsführer zum baldigen Eintritt gesucht. Bewerber müssen 5 Jahre Mitglied und in der Agitation und mit Verwaltungsarbeiten durchaus vertraut sein. Bewerbungen, aus denen die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgeht, bis 20. Januar 1921 mit der Aufschrift „Werbung“ an die Bezirksleitung Frankfurt a. Main, Eisenstraße 52.

Neub. Geschäftsführer für unsere neu zu errichtende Verwaltung gesucht. Derselbe muß mindestens 5 Jahre Mitglied des Verbandes sein und eine ähnliche Stelle schon bekleidet haben, mit Organisation und Agitation gründlich vertraut und rednerisch befähigt sein. Gehalt nach Uebereinkunft. Bewerbungen sind bis zum 15. Januar zu richten an den Deutschen Metallarbeiter-Verband, Neuf. Gartenstraße 31, a. S. des R. Schmitt.

Neubad a. S. Zum Geschäftsführer wurde Kollege Markus Hofmann (Mufflach) gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank.

Reichenbach i. B. Zum Geschäftsführer wurde Kollege Ernst (Frankenberg) gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank.

Sonstige Anzeigen

Beschriften betr. die Arbeiterzeitschriften sind niemals an die Redaktion, sondern an die liefernde Firma (z. B. bei Offizinverletern stets nur an den Verlag der Arbeiter-Zeitung) zu richten.

Für sofort suchen wir für Zentrifugentrommeln einen unabhängigen perfekten Balancier mit Lamellen- und Zeller-Einlag.

1 Feilenschleifer und 1 Feilenschleifer stellen unter günstigen Bedingungen sofort ein. Arbeiter-Feilenschleifer Sangerhausen.

Feilenschleifer, 1 tüchtiger, lediger, für Werkarbeiten nach Tarif sofort gesucht. Gustav Böhge, Feilenfabrik u. Dampfeschleiferei, Stoltau i. A. Wir suchen zum sofortigen Eintritt bei hohem Verdienst einen perfekten

Feilenschleifer.

Rührberger Feilenfabrik, Serberg & Co., Rührberg 18.

Südtiger Feilenschleifer gesucht, sofortiger Eintritt. Eisenach Feilenfabrik Bauer & Comp., Eisenach i. Th., Langenlauerstr. 17.

Gelernter Feilenschleifer für alte Feilen gesucht. Eintritt möglich sofort. Reisegeld wird nach Tarif sofort bezahlt. Gustav Böhge, Feilenfabrik u. Dampfeschleiferei, Stoltau i. A.

Wir suchen einen perfekten selbständigen

Schweisser,

durchaus erfahren mit allen Arbeiten des autogenen und elektrischen Schweißens.

Richard Raupach, Maschinenfabrik Görlitz, G. m. b. H., Görlitz.

Werkzeugschlosser

gesucht, tüchtig und selbständig im Schnitt- und Stanzbau. 8011

H. Kidel & Comp., Kassel, Aluminiumwarenfabrik.

Druck und Verlag von Alexander Schöke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Riefstraße 16 B.